



Protokollauszug

aus der
11. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversamm-
lung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 03.11.2004

öffentlich

Top 7.14 Koordiniertes bedarfsgerechtes Vorgehen zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten unter Nutzung aller Möglichkeiten des SGB II und SGB III 04/SVV/0781 an Gremium überwiesen

Die Vorlage wird von der Stadtverordneten Schulze namens der Fraktion PDS eingebracht – mit der Änderung in der 3. Zeile des vorletzten Absatzes: statt Controllingsystem soll „...entsprechende **Kontrollmechanismen** ...“ eingefügt werden.

Zur Bitte der Antragstellerin, die Vorlage in der **Sondersitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales** am 09.11.2004 zu behandeln, erhebt sich kein Widerspruch.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

In Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit Potsdam wird ein sozialraumorientiertes Programm zur Schaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheiten unter Nutzung aller Möglichkeiten des SGB II und SGB III vorrangig in den Bereichen Kinder, Jugend, Senioren, Gleichstellung, Bildung, Gemeinwesenarbeit, Soziales und Gesundheit im Gebiet der kreisfreien Stadt Potsdam bei Sicherung und Unterstützung der professionellen Grundstruktur in diesen Bereichen aufgelegt.

Dabei ist strikt in Maßnahmen zu investieren, die durch den ersten Arbeitsmarkt nicht finanziert werden können, um die Situation des einheimischen Handwerks und Gewerbes nicht zusätzlich zu belasten und dem unkontrollierten Ansteigen des Niedriglohnssektors zu begegnen.

Die Entwicklung bzw. Übernahme diesbezüglicher Maßnahmen und Projekte ist im Rahmen einer Trägerkonferenz nach Maßgabe der vorhandenen Bedarfe mit den Trägern zu koordinieren und zu vereinbaren. Zugleich ist damit Tendenzen der Verdrängung bzw. des Ersatzes der professionellen, tariflichen Strukturen bei den Trägern zu begegnen.

Als Begleitmaßnahmen zur Eröffnung beruflicher Perspektiven des einzubeziehenden Personenkreises sind begleitende Bildungs- und Qualifizierungsangebote, psychosoziale Hilfen und Job-Coaching zu sichern sowie ein entsprechendes Controllingsystem zu schaffen.

Das Programm wird den Stadtverordneten in ihrer Sitzung am 01. Dezember 2004 zur Kenntnisnahme vorgelegt.